

## **Sicherheit und Einwanderung: CDU/CSU fordert grundlegende Reformen nach Attentat**

Die Union kritisiert die Ampel-Koalition: Migrationspolitik und innere Sicherheit müssen dringend reformiert werden.

Die Debatte über die Migrationspolitik in Deutschland hat durch ein kürzliches Attentat in Solingen zusätzliche Brisanz erhalten. Die politischen Auseinandersetzungen werden intensiver, da die Ampel-Koalition neue Maßnahmen zur inneren Sicherheit vorschlägt. In der Diskussion äußerte Thorsten Frei, der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, dass die aktuellen Vorschläge der Regierung nicht ausreichen, um grundlegende Veränderungen in der Migrationspolitik zu erreichen.

Besonders nach dem tragischen Vorfall, bei dem ein 26-jähriger Mann aus Syrien drei Menschen das Leben nahm und mehrere verletzte, stehen die politischen Entscheidungsträger unter Druck. Frei beschrieb die Situation in der „Bild“ als unzureichend und betonte, dass diese Krise mehr erfordere als nur kosmetische Änderungen. Alexander Dobrindt, der CSU-Landesgruppenchef, kündigte an, das Maßnahmenpaket der Ampel-Koalition einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Zentrale Fragen werden dabei sein, welche Maßnahmen wirklich notwendig sind und warum sie bisher nicht ergriffen wurden.

### **Politische Reaktionen auf das Attentat**

Vor dem Hintergrund des Attentats begrüßte der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Reul (CDU) die

Notwendigkeit eines Konsenses zwischen großen Parteien. Er bemerkte, dass es nicht nur um technische Lösungen gehe, sondern darum, geeignete rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Der Minister erklärte, dass in der Vergangenheit oft gegeneinander gearbeitet worden sei, was in Anbetracht der Sicherheitslage nicht mehr tragbar sei.

Die Liberalen der FDP fordern von der Union eine konstruktive Mitwirkung. FDP-Fraktionschef Christian Dürr appellierte an CDU und CSU, gemeinsam an der Umsetzung des Sicherheitspakets zu arbeiten, was er als entscheidend für den Fortschritt ansieht. Lundt: „Ohne die Länder geht es nicht.“ Diese Aussage unterstreicht die Wichtigkeit der Zusammenarbeit auf allen staatlichen Ebenen, um schnellere Lösungen zu ermöglichen und politischen Stillstand zu vermeiden.

## **Die Reaktion der Grünen**

Die Grünen haben eine gemischte Haltung gegenüber den vorgeschlagenen Maßnahmen. Lamy Kaddor, Innenexpertin der Grünen, lobte in einem Bericht des „Tagesspiegel“ die Handlungsfähigkeit der Ampel-Koalition im Bereich der inneren Sicherheit. Britta Haßelmann, die Fraktionschefin, äußerte jedoch Bedenken über die Streichung von Leistungen für Flüchtlinge, die bereits in einem anderen europäischen Staat anerkannt sind. Hier gibt es Sorge darüber, wie diese Maßnahmen auf die Asylpolitik insgesamt wirken werden.

Währenddessen findet im Bundestags-Innenausschuss eine wichtige Sitzung statt, in der die Bundesregierung und der Generalbundesanwalt über den aktuellen Stand der Ermittlungen zum Attentat informieren. Andrea Lindholz, Unionsfraktionsvize, fordert, dass die Justizministerin Nancy Faeser alle offenen Fragen klärt und darlegt, welche Konsequenzen aus dem Anschlag gezogen werden, um ähnliche Vorfälle in Zukunft zu verhindern.

In Nordrhein-Westfalen wird Ministerpräsident Hendrik Wüst am

Morgen des Attentats im Landtag berichten. Eine Sondersitzung ist einberufen worden, um den Ernst der Lage zu verdeutlichen. Abgeordnete werden in einer Schweigeminute den Opfern gedenken, was die Trauer um die Toten unterstreicht und die Bedeutung solcher Gewaltakte für die Gesellschaft hervorhebt.

Die politische Reaktion auf die Gewalt in Solingen ist geprägt von einem drängenden Bedürfnis nach Veränderung. Es bleibt abzuwarten, ob die unterschiedlichen Parteien ihren Standpunkt überdenken und eine gemeinsame Strategie finden, die sowohl Sicherheit als auch politisch machbare Lösungen für die Migrationsproblematik in Deutschland umfasst.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**